

# Krakauer Zeitung.

Nr. 291.

Mittwoch, den 21. December

1859.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Nr., mit Versendung 5 fl. 25 Nr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nr. bezahlt. — Insertionsgebühr für den Raum einer vierseitigen Seite für die erste Einrichtung 3½ Nr.; Stempelgebühr für jede Einrichtung 30 Nr. — Insertionsstellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung.“ Zusendungen werden franco erbeten.

## Einladung zur Pränumeration auf die „Krakauer Zeitung“

Mit dem 1. Jänner 1860 beginnt ein neues vierjähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1860 beträgt für Krakau 4 fl. 20 Nr., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Nr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 Nr., für auswärts mit 1 fl. 75 Nr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächstgelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

## Die Administration.

### Amtlicher Theil.

Nr. 2575. C. in P.-A.

Die Landes-Commission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksämter des Krakauer Verwaltungsbereiches, hat den Bezirksamts-Aktuar, Wenzel Baczyński, zum Bezirksamts-Adjunkten ernannt.

Krakau, den 19. Dezember 1859.

### Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 21. December

Der Congress ist, nach Berichten aus Paris neuerdings bis Ende Jänner hinausgeschoben. Als Grund dieser Verzögerung bezeichnet man die Vertretungsfrage. Die französische Regierung wünscht nämlich den Vorsitz auf einem wirklichen Congresse und nicht auf einer bloßen Gesandtenkonferenz zu führen. Nach der „N.P.Z.“ haben wir schon gemeldet, daß dieserhalb Unterhandlungen zwischen Österreich, Preußen und Russland stattfinden, wenn aber die meisten anderen Blätter die Sache auf eine Frage der Etiquette zurückführen und behaupten, daß die genannten Mächte nur deshalb zögerten ihre Minister nach Paris zu schicken, weil England sich durch seinen vortigen Gesandten vertreten lasse, so halten sie vielleicht einen bloßen Vorwand für ein wirkliches Motiv. Jedenfalls könnte man es nur natürlich finden, wenn die eine oder die andere Macht sich die Frage gestellt hätte, ob es nicht gut sein würde, die Bedeutung der Diplomaten-Beratung so sehr wie möglich zu vermindern, sei es auch nur, um der Einführung anderer Angelegenheiten als der Italienischen dadurch vorzubeugen, oder, was dasselbe ist, der Gefahr, durch neue unerwartete „Fragen“ überrascht zu werden, nach Kräften zuvorzukommen. Der Congress von 1856 war in dieser Beziehung eine bittere Erfahrung. Was Antonelli's Erscheinen als ersten Bevollmächtigten betrifft, so erklärt die Patrie vom 17. Dez. dasselbe als nunmehr ausgemacht, mit dem Zusage, der Kardinal werde am 4. Januar bereits in Paris eintreffen. Der Marchese Antonini wird, wie

das Reuter'sche Telegraphenbureau meldet, als zweiter neapolitanischer Bevollmächtigter in Paris erwartet; derselbe bringt zugleich die Zustimmung des Königs Franz zum Eintritte in den italienischen Bund mit, gegen den sich Neapel bisher bekanntlich sehr hartnäckig gesträubt hat. Dasselbe londoner Telegraphenbureau hat eine Pariser Depesche erhalten, wonach die Ernennung des Fürsten de la Tour d'Auvergne Mr. Bonnemont auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 Nr., für auswärts mit 1 fl. 75 Nr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächstgelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

## Die Administration.

Die Besitzergreifung eines Hafenplatzes Adul, im rothen Meere, durch Frankreich, bestätigt sich. Adul gehört jedoch nicht zu dem Gebiete des Kasai Negus oder Theodorus I., schon aus dem einfachen Grunde, weil dieses Gebiet bis jetzt das rothe Meer noch nicht berührt. Es ist ein anderer unabhängiger abyssinischer Häuptling, von dem Herr v. Russell, noch ehe er in Sondar, der Hauptstadt des Sultans Theodorus, eintraf diese Abtretung erlangt hat. Die Nachricht hier von mag in England eine größere Aufmerksamkeit auf die politische Bedeutung des Suez-Kanals gelenkt haben.

Eine Depesche aus Stockholm vom 17. meldet: Nachdem in der heutigen Sitzung des Reichstages der Bürgerstand eine enthusiastische Manifestation zu Gunsten der italienischen Frage gemacht hatte, beschloß die ganze Kammer (alle vier Häuser des Reichstages? — schwerlich) eine einstimmige Adresse an den König, welche die Bitte ausspricht, daß Schweden auf dem Congresse für das Selbstbestimmungsrecht Italiens wirken möge.

Über die Aufnahme, welche die Bitte der Ersten kurhessischen Kammer, die Verfassung von 1852 nebst den ständischen Abänderungswünschen anzunehmen, bei dem Kurfürsten gefunden, schreibt man der „Wes. Ztg.“: „Der Kurfürst hat die Adresse der ersten Kammer entgegengenommen. So viel im Publizum darüber verlautet, hat der Kurfürst sich sehr gnädig gegen die Deputation benommen und ebenso über den Inhalt der dargereichten Schrift geäußert, wenn auch zweifelnd, daß die Schilderung der Lage des Landes getreu sei. Jedoch ist die Deputation resultlos heimgeliebt, sie soll weder eine zustimmende, noch eine ablehnende Erklärung erlangt haben.“

Berichte aus Wiesbaden melden die endliche Schlichtung des Kirchenstreites und den bevorstehenden Abschluß eines Concordates. Dasselbe ist nach Mäßgabe des Badischen zu Stande gekommen.

Wie wir den neuesten Berichten aus Italien entnehmen, ist Farini am 14. d. von Modena nach Bologna zurückgekehrt, er will neuerdings wieder eine Deputation nach Paris schicken. Fanti ist ebenfalls in Bologna eingetroffen. General Rosetti, der die Bologna-Division comandirt, wird dort erwartet. Fanti verbürgt aus einem Corps des Ligiaheres entlassenen Soldaten in ein anderes aufzunehmen. — Die revolutionäre Regierung in Florenz hat den toskanischen Generalconsul in Algerien, Serarez, abgesetzt.

Männer weisen die Vermischung der kaukasischen Rassen mit indianischem Blut aufs evidenteste nach, und alle Hautschattirungen, von dem dunkeln Braun des Indianers mit straffem Rabenhaar bis zu der des rothwangigen, blauäugigen, blonden Europäers, lassen sich unter ihnen aufzählen. Ihre Sprache ist ebenso wunderlich gemischt wie ihre Hautfarbe. Man hört in ihrem Lager französisch, galicisch und englisch neben dem Idiom der Ojibewas, ein Durcheinander der verschiedensten Accente, bald sanfte musikalische Töne, bald abgebrochene, wilde Kebläute in so überraschendem Kontrast, daß sich das Interesse an dem rätselhaften Volke nur um so höher steigert. Sie haben von der Mutter die Vorliebe für das freie abenteuerliche Leben der Wilden geerbt, von dem Vater aber schreiben sich ihre halbcivilisierten Neigungen und Gewohnheiten her, die sie abhalten sich trotz der geographischen Lage der von ihnen bewohnten Landstriche ganz und gar von dem Verkehr mit der civilisierten Welt zurückzuziehen.

Zwischen den Rocky Mountains und der Hochebene, welche von den der Hudsons Bay zuströmenden Wassern durchschnitten wird, liegt ein prächtiger fruchtbare Landstrich, der sich von den Quellen des Mississippi und des Red-River bis zu den Höhen erstreckt auf welchen der Saskatchewan entspringt, und in diesem an Wild- und Mineralien reichen Thale schlagen diese halbwilden Amerikaner einen Theil des Jahres ihren Wohnsitz auf.

Schon vor länger als einem Jahrhundert waren

Am 7. d. M. wurden in Perugia die Urtheile wegen der Vorfälle vom 20. Juni veröffentlicht. Vier Individuen sind zum Tode, drei zu 15-jähriger Gauleere verurtheilt. Die Universität in Perugia bleibt dieses Jahr geschlossen. — Garibaldi erklärt, er habe einen ihm angebotenen hohen Posten ausgeschlagen und widerspricht der von einigen Zeitungen ausgesprengten Nachricht, er sei in Nizza von einer dort weilenden hohen Frau empfangen worden.

Nach telegraphischen Berichten aus Neapel haben in der Nacht vom 14. d. zahlreiche Verhaftungen stattgefunden. Die Verhafteten, unter denen sich mehrere bekannte Persönlichkeiten befinden, sind beschuldigt, Druckschriften heimlich verbreitet und an der von Garibaldi angeregten Subscription Theil genommen zu haben. Auch der sardinische Gesandte war irrtümlich verhaftet worden, wurde aber später wieder freigegeben.

Berathungen der Krakauer Vertrauens-Commission über die zu entwerfenden Gemeinde-Ordnungen [Fortsetzung]. Siehe Nr. 284 der „Krakauer Ztg.“]

Die von dem vorsitzenden Hofrat bei Eröffnung der Sitzungen am 30. v. M. angeregten zwei principiellen Fragen der Landgemeinde-Ordnung, wurden jetzt in Berathung genommen und beschäftigten die Commission am 5. und 7. Dezember 1859.

Die erste dieser zwei Fragen betrifft die Trennung oder Einverleibung der Gutsgebiete und Ortsgemeinden.

Nach Vorlesung und Erläuterung der einschlägigen §§. 5 und 6 des Entwurfes („Krakauer Ztg.“ Nr. 280) durch den Referenten, wendete ein Vertrauensmann, dem sich auch ein zweiter anschloß, gegen die Textirung dieser §§. ein, daß darin das Gutsgebiet von dem Gebiete der Ortsgemeinde (gromada) als geschieden angenommen wird, während dieses nicht der Fall ist und die Verordnung der Krakauer Landesregierung vom 25. August 1856, welche einen dem vorliegenden Entwurf gleichen Grundsatz ausspricht, nachdem sie nur eine provisorische Verfügung war, in dieser Hinsicht nicht als ein bleibend-bindendes Gesetz angesehen werden kann.

Referent erläuterte hierauf, daß es sich hier um ein Gemeindeverband handelt, der Gutsbesitzer aber nie ein Glied der Ortsgemeinde war und es auch gegenwärtig im Krakauer Verwaltungsbereich nur dort ist, wo er sich zufolge jener provisorischen Verordnung der Krakauer Landesregierung der Ortsgemeinde einverleiben ließ; daß vor dem Jahre 1848 der Grundherr zwar mit der Gemeinde in einer engen Verbindung aber nicht als deren Gemeindeglied stand, seine Stellung über der Gemeinde war und er sich gegenwärtig neben ihr befindet.

Der Referent bemerkte ferner, daß sich diese Ansicht auf dem Kundmachungs-Patente vom 24. April 1859 stützt, worin der Artikel II. von jenen Fällen handelt, wo eine Einverleibung des Grundherrn als revolutionäre Regierung in Florenz hat den toskanischen Generalconsul in Algerien, Serarez, abgesetzt.

Unternehmende französische Kaufleute, in dem Eifer ihres Handels und ihrer Herrschaft über die neue Welt auszubreiten, bis über die Seen Superior und Winnepeg vorgedrungen. Auf einer alten englischen, von „Sr. Majestät Geographen“, Thomas Jefferys gefertigten, vom Jahre 1762 datirten Karte ist zu sehen, daß die Franzosen damals ein Fort, „La Reine“ genannt, an dem Zusammenflusse des Red-River und des Assiniboine besessen, und auf einer Karte von De L'Isle, Paris 1702, also achtundfünzig Jahr früher, finden wir ihre Forts weit über die Hudsons Bay-Länder zerstreut. Die Commandanten dieser im Innern der weiten Wildnis des Nordwestens vereinzelt liegenden Forts oder Posten herrschten mit der Willkür und Macht feudaler Barone und besaßen eine unumschränkte Gewalt über die „Walbläuber“ (courriers du bois), wie die ihnen untergebenen Canadier genannt wurden. Zuweilen kamen Zeiten, wo diese leichten sich in den Forts versammelten um von ihrer harten Arbeit auszuruhen, die darin bestand Pelze zusammen zu tragen und die Forts mit den nötigen Lebensmitteln zu versorgen. Sie betrachteten diese Momente als eine Schadloshaltung für alle Gefahren und Mühseligkeiten ihres wilden Lebens. Gesang und Musik schallte zur Erinnerung des Festes tanzte man mit indianischen Mädchen. Dabei giengen das Glas und die Flasche unaufhörlich umher, und die immer bacchanalischer werdende Lust nahm ihr Ende erst mit dem Ende der Nacht.

oder sonst später über Verlangen des Gutsbesitzers geschehen ist, anderer Seits der Artikel III. des gedachten Kundmachungs-Patentes jene Fälle bespricht, wo eine Einverleibung noch nicht erfolgte, und der frühere Zustand noch unverändert fortbesteht.

Hierauf nahm ein anderer Vertrauensmann an das Wort und bemerkte, daß die Aufgabe der Gemeinde-Organisation darin bestehe, das Verhältniß der gewesenen Herrschaft zum Landvolk festzustellen und daß die Beziehungen der ehemaligen Herrschaft zu dem Landvolk auch noch dermal bestehen, indem die ersten des Schutzes, den sie früher ausgeübt haben, auch gegenwärtig sich nicht entziehen und das Landvolk noch immer Rath und Hilfe bei ihren ehemaligen Grundherrn sucht.

Es fragt sich, fuhr dieser Vertrauensmann fort, welche Stellung jetzt dem Gutsbesitzer in der Gemeinde gegeben werden soll? Sollte er als ein Individuum in der zahlreichen Landbevölkerung verschwinden, so wäre dieses geradezu unzulässig.

Als Dominium kann er nicht mehr bestehen, dieses erscheint mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse sowie auf die öffentliche Meinung nicht mehr möglich.

Es kann füglich nichts anderes geschehen, als daß man bei dem verbleibe, was faktisch noch besteht, und man daher den bestehenden Schutz des Gutseigentümers über die Gemeinde, auch die Art sanctionirt, daß man das Patronat des Gutseigentümers über der Gemeinde feststellt.

Hierauf stellte dieser Vertrauensmann nachstehenden Antrag:

„Die Eigentümer und lebenslänglichen Fruchtmiehner der Gutsgebiete verbleiben im Gemeindeverband mit dem Dorfe in dem Charakter und unter dem Namen der Patrone und indem sie an den Gemeindelästen Theil nehmen, erhalten sie den erwähnten Charakter bei allen Geschäften und Berathungen. Bei den lehren steht ihnen das Recht zu, die Beschlüsse zu suspendieren, in welchem Falle der Streitgegenstand der Entscheidung des Rathes der Bezirksgemeinde untersogen wird.“

Dieser Antrag wird von zwei Vertrauensmännern befürwortet.

Einer dieser Vertrauensmänner brachte vom Standpunkte der Seelsorge vor, daß in diesem Lande das Dorf aus drei Elementen besteht, nämlich aus dem Gutsbesitzer, der Dorfgemeinde, und dem Seelsorger, daß der letztere das Bindungsmittel zwischen den zweierstern zu bilden habe und daher das Band zwischen ihnen festigen soll, welches die Ereignisse zerissen haben. Gegenwärtig befindet sich aber der Seelsorger in einer falschen Stellung denn wenn er sich der Herrschaft nähert, so erwacht er Verdacht und verliert das Vertrauen der Gemeinde, hält er aber mit der Gemeinde, so verliert er das Vertrauen der Herrschaft. Dieses unnatürliche Verhältniß könnte aber nach der Meinung dieses Vertrauensmannes nur dann aufhören, wenn die Herrschaft mit der Gemeinde innig vereinigt sein wird.

Der zweite Vertrauensmann hob insbesondere hervor, daß die Trennung der Gutsbesitzer von den Dorfgemeinden den Organismus der Gemeinden

heirathen zwischen diesen wilden Männern und den Indianerinnen wurden von den oberen Beamten der Pelzhandelsgesellschaft sehr protegiert, denn sie brachten die „Walbläuber“ in größere Abhängigkeit von ihnen und fesselten sie an das Land. Die aus diesen Verbindungen hervorgegangene sehr zahlreiche Nachkommen sowie die Nachkommen der „freien Leute“ — so wurden diejenigen Canadier genannt die sich der Abhängigkeit der französischen Pelzhändler entzogen und sich ebenfalls Indianerinnen zu Lebensgefährten gewählt hatten — nannten sich wegen ihrer eigentümlichen Gesichtsfarbe Bois-Brûlés (verbrenntes Holz).

Nach der Besitznahme von Canada durch die Engländer mischte sich angelsächsisches Blut mit dieser neuen Rasse. Zu Anfang dieses Jahrhunderts hatte Lord Selkirk, ein schottischer Edelmann, die Idee das weite fruchtbare Thal mit seinen Landsleuten zu bebauen und 1811 erhielt er wirklich von der Hudsons Bay-Gesellschaft, deren Mitglied er war, zu diesem Zweck eine bedeutende Strecke Landes. 1815 begannen die neuen Pioniere einige Häuser und eine Mühle zu bauen, aber die Rivalin der Hudsons Bay-Gesellschaft, die sogenannte Nordwest-Compagnie, sendete als Wilde verkleidete Männer nach der Ansiedlung, um die Einwanderer zu vertreiben. Diese zogen sich in südlicher Richtung gegen die Gränze der Vereinigten Staaten zurück, bis zu einem Orte den man Pembina nannte, eine Abkürzung des Ojibwa-Wortes Anepembinan, d.

nur schwächen würde, daher möglichst bald beseitigt werden müsse, und daß die Schwierigkeiten welche diesfalls vorkommen, leicht überwunden werden können, wenn nur die Gemeindeordnung die wirkliche Lage der größeren Grunbbesitzer gehörig würdigt.

Die Gutsbesitzer bedürfen nach der Neuerung dieses Vertrauensmannes keiner Privilegien, es genügt, wenn man ihnen nur Gerechtigkeit widerfahren läßt und ihnen in der Gemeinde eine den billigen Anforderungen entsprechende Stellung einräumt.

Auf den Antrag bemerkte Referent, daß solcher zu allgemein und unbestimmt gehalten ist, um ihn in seiner eigentlichen Wesenheit und Tragweite beurtheilen zu können.

In wie fern jedoch damit eine Beschränkung der Autonomie der Ortsgemeinde beabsichtigt wird, hält Referent diesen Antrag für unangemessen und unzulässig, weil die den Gemeinden zustehende Autonomie höchstens dann und insofern eine Beschränkung erleiden könnte, als es die Sicherheit des Staates, oder aber das eigene Wohl der Gemeinde erheische; was jedoch wahrschunmen und zu bestimmen dem Staate zu zächst zusteht, dem Ermessens des Gutsbesitzers als einer Privat-Person aber nicht überlassen werden könne.

Mehrere Vertrauensmänner sprachen über den Antrag und erklärten mit dem Antragsteller im Prinzip einverstanden zu sein, die eigentlichen Beziehungen aber, in denen der Gutsbesitzer zur Dorfgemeinde stehen soll bei späteren Berathungen, und zwar dort, wo es die betreffenden Stellen der zu entwerfenden Gemeindeordnung mit sich bringen werde, einer näheren Prüfung unterziehen zu wollen. Auch bemerkten einige Vertrauensmänner, daß die Auffstellung des Patronatsverhältnisses dem freien Willen der Betreffenden überlassen werden müsse.

Der Vorsitzende hat hierauf die näheren Bestimmungen des Antrages, für spätere Berathungen vertagt und über den Antrag als Prinzip der Vereinigung des Gutsbesitzers mit der Gemeinde, abstimmen lassen.

Für das Prinzip haben sich 13 Stimmen ausgesprochen.

Eine Stimme sprach sich dagegen mit dem Bewerben aus, daß sie für die Vereinigung jedoch nach einem anderen Grundsatz wäre. Eine Stimme dagegen behielt sich vor, über diese Frage die Ansicht erst dann auszusprechen, wenn die eigentlichen Grundzüge der Vereinigung näher erörtert sein werden.

Sofort haben sich die Vertrauensmänner durch Stimmenmehrheit geeinigt, die Vereinigung des Gutsbesitzers mit der Dorfgemeinde als Regel anzusehen, den Behörden jedoch zu überlassen, über Verlangen der Gutsbesitzer, die Ausscheidung ausnahmsweise zu gestatten.

Damit wurde die Sitzung am 5. December geschlossen.

Sitzung der Commission zur Berathung der im Lemberger Verwaltungsgebiete einzuführenden Gemeindeordnung vom 23. November. (Fortsetzung.)

Mit dem Punkte g. wird der § 70 in Verbindung gebracht:

§. 70 ad g Rechtsstreitigkeiten über einen 15 fl. nicht übersteigenden Betrag, wenn der Belange seinen bleibenden Wohnsitz in der Gemeinde hat entscheidet der Ortsrichter mit Beziehung zweier Geschworenen nach bestem Wissen und Gewissen endgültig ohne Freilassung eines Rekurses.

Die Execution solcher Urtheile steht ihm aber nur insoferne zu, als sie auf Fahrnisse und Früchte des Sachfälligen, die innerhalb der Gemeindegemarkung liegen, geführt wird. Auf unbewegliche Sachen oder sonstige Tabular-Facultäten, wie auch auf bewegliche Sachen, die außerhalb der Gemeindegemarkung liegen, bewilligt die Execution das zuständige Gericht.

Der Vorsitzende legt nachstehende Fragen zur Berathung vor:

I. Ob dem Ortsrichter die Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten zu überlassen sei?

Ein Commissionsmitglied spricht sich für den Antrag des Referenten aus, da in der Praxis Ortsrichter Privatechtsstreitigkeiten endgültig entscheiden.

Dies wird auch von den zwei Vertretern des kleinen Grundbesitzes bestätigt, und der Antrag des Referenten, daß der Ortsrichter Rechtsstreitigkeiten entscheiden solle, im Prinzip einstimmig angenommen.

h. „Hohe-Busch-Moosbeere,“ welche Pflanze man dort in großem Überfluß fand. Die verlagerten Ansiedler lebten später nach ihrer Colonie zurück, wurden aber immer wieder durch Grausamkeiten aller Art vertrieben, und erst nach Jahren gelangten sie in den ruhigen und ungestörten Besitz ihres Landes. Der erbitterte Hader der beiden Pelzhändels-Gesellschaften wurde nicht vollständig geschlichtet, als bis sie sich im Jahre 1821 zu einer Compagnie vereinigten.

Die Colonie zählte im September des Jahres 1815 etwa 200 Seelen, jetzt ist sie durch natürliche Vermehrung und durch Einwanderung zu einer Kopszahl von 10,000 herangewachsen und besteht hauptsächlich aus Schotten, Engländern und Schweizern. So lange das Land im Besitz der französischen Pelzhändler war, transportierte man die Waren über den Winnepeg- und Superiorsee auf der natürlichen Wasserstraße, welche zu der Küste des atlantischen Oceans führt. Als der Handel in die Hände der englischen Hudsons-Bay-Compagnie überging, beförderte man das Pelzwerk auf einer anderen Straße, nämlich auf dem viel beschwerlicheren Wege durch den Nelson-River, welcher in die Hudsons Bay mündet, aber als endlich die Wogen der Emigration die Landstrecken am Mississippi überfluteten, als die Wurtheile fielen, welche die Monopolisten des Pelzhändels verbreitet hatten, um andere Ansiedler von jenen Landstrichen fern zu halten, die ihnen eine so goldene Ernte lieferten, als sich

II. Ob der Ortsrichter die Entscheidung allein als Einzelrichter fällen soll?

Der Referent beleuchtet die Fassung des Entwurfes dabin, daß der Ortsrichter mit Beziehung zweier Geschworenen, also nicht mit den Geschworenen, sondern nach Berathung mit ihnen allein als Einzelrichter die Entscheidung fällen solle?

Ein Commissionsmitglied stellt den Gegenantrag, daß der Ortsrichter mit den Geschworenen collegisch Streitsachen entscheiden, somit an die Stimmen der Geschworenen gebunden sein solle.

Für den Antrag des Referenten sprechen sich drei Commissionsmitglieder aus, bemerkend, daß eine Collegialität in der Praxis nicht leicht ausführbar ist, zumal es schwer ist, entschiedene Ansichten von den Geschworenen zu vernehmen und entschiedene Stimmenmehrheit zu erzielen.

Ein Vertreter des kleinen Grundbesitzes führt aus seiner eigenen Praxis an, daß er zwar mit Beziehung zweier jetzt bei den Gemeinden gewöhnlich bestellten Deputirten Rechtsstreitigkeiten entscheide, daß er aber, wenn die Deputirten in ihren Ansichten mit ihm divergieren, die Entscheidung nach seinem eigenen Ermeffen fälle.

Bei der Abstimmung behauptet sich der Antrag des Referenten durch Stimmenmehrheit.

III. Ob auch andere Personen außer den Geschworenen zur Entscheidung beizuziehen sind?

Bei der Debatte über diese Frage werden nächstehende Anträge gestellt:

1. Antrag, daß der Ortsrichter zwei vernünftige, angesehene und rechtschaffene Männer zu solchen Entscheidungen beizuziehen soll.

2. Antrag, daß gewisse Personen ein für allemal bestellt werden sollen, welche solchen Entscheidungen mit berathender Stimme beizuhören hätten.

Zum zweiten Antrage bemerkte der Antragsteller, daß die Beziehung von Vertrauensmännern durch die freitenden Parteien in der Praxis an der Tagesordnung ist und nur das Zutrauen zu der Richtigkeit der Entscheidung stärke.

Der 2. Antrag behauptet sich durch Stimmenmehrheit, dagegen bleibt der 3. in der Minorität.

IV. Kommt der obige 1. Antrag zur Abstimmung mit der Frage: Ob der Ortsrichter außer den Geschworenen und den von den Parteien beigezogenen Vertrauensmännern nicht auch selbst welche Vertrauensmänner beizuziehen hätte?

Diese Frage wird durch Stimmenmehrheit verneint, beantwortet, weil der Ortsrichter sich an Unabhängigkeit gewöhnen soll und es ihm immerhin freisteht, falls er es als nothwendig erachtet, Sachkundige beizuziehen.

V. Bis zu welchem Betrage der Ortsrichter Rechtsstreitigkeit zu entscheiden competent sein soll?

Der Entwurf bringt den Maximalbetrag von 15 Gulden österr. Währung in Antrag.

Von den Commissionsmitgliedern werden nächstehende 3 Gegenanträge gestellt:

Den Betrag a) mit 25 fl., b) mit 50 fl., c) mit 10 fl. festzustellen.

Die Stimmenmehrheit erklärt sich für den Betrag von 25 fl. österr. Währung.

VI. Ob die Competenz des Ortsrichters nach dem Antrage des Entwurfes nur auf jene Prozesse sich erstreckt soll, wenn der Belange in der Gemeinde seit bestem Wissen und Gewissen endgültig ohne Freilassung eines Rekurses.

Der Antrag des Referenten wird einstimmig angenommen.

VII. Ob der Ortsrichter endgültig ohne Zulassung eines Rechtszuges derlei Streitsachen entscheiden soll?

Ein Commissionsmitglied trägt an, daß den Parteien frei stehen solle, wenn sie mit der Entscheidung des Ortsrichters unzufrieden sind, den ordentlichen Rechtsweg zu betreten.

Der Antrag wird nicht unterstützt, und die übrigen Mitglieder erklären sich für die Fassung des Entwurfes, daß kein weiterer Rechtszug zulässig sein solle.

VIII. Über Antrag eines Commissionsmitgliedes, daß dem Ortsrichter das Recht, Eide als Beweismittel zuzulassen, nicht einzuräumen ist, kommt die Frage zur Abstimmung: Ob der Ortsrichter bei Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten Eide zulassen dürfe?

Einstimmig wird der Beschluß gefaßt, daß der Ortsrichter ohne Zulassung von Eiden Rechtsstreitigkeiten entscheiden solle.

Bom Standpunkte der gegenwärtig geltenden Ge-

In Folge dieses Beschlusses stellt ein Commissionsmitglied den Antrag festzusehen, daß der Ortsrichter jene Parteien, welche sich nur auf den Eid als Beweismittel stützen, auf den ordentlichen Rechtsweg weisen soll.

Gegen diesen Antrag tritt ein Commissionsmitglied auf, bemerkend, daß es zwar erlaubt sein solle, die Parteien in solchen Fällen auf den Rechtsweg zu weisen, daß aber die Aufnahme dieser Bestimmung in das Gesetz durchaus ungünstig erscheine, weil hiervon das Entscheidungsrecht des Ortsrichters ganz eludirt würde, zumal die Partei, welche den Prozeß in die Länge ziehen will, blos auf einen abzulegenden Eid sich zu berufen braucht, um ihre Streitsache unentschieden zu wissen.

Dagegen bemerkt ein anderes Mitglied, daß es Sache des Ortsrichters ist, nach seinem besten Wissen und Gewissen zu beurtheilen, ob es auf den angebotenen Beweis durch den Eid ankomme oder nicht, daß er nur in jenen Streitsachen an den ordentlichen Richter verweisen würde, welche er ohne Zulassung des Eides nach seinem besten Wissen und Gewissen nicht entscheiden kann.

Über diesen Antrag entspannt sich eine längere Debatte, welche zur nächsten Sitzung vertagt wird.

Die Sitzung wird um 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr Nachmittags geschlossen.

Sitzung vom 24. November.

Mit Eröffnung der Sitzung ergreift der Referent das Wort, und weiset auf den in der gestrigen Sitzung über die II. Frage gefassten Beschluß hin, demzufolge der Ortsrichter zur Entscheidung von Prozessen Geschworene mit berathender Stimme beiziehen soll.

Referent habe zwei Geschworene im Entwurfe in Antrag gebracht, weil er diese Zahl als hinreichend ansieht, und weil nach dem Entwurfe zwei als die geringste Zahl der Geschworenen in Antrag gebracht wurde.

Nun sei aber das Minimum bei der Zahl der Geschworenen mit 3, das Maximum mit 8 festgesetzt worden, er lenke also die Aufmerksamkeit der Kommission auf diesen Umstand behufs der Beschlussfassung hin, ob nicht etwa mit Rücksicht auf die größere Zahl der Geschworenen im Gemeindevorstand auch mehr als zwei

Geschworene zur Entscheidung von Streitsachen beizuziehen wären.

Die Kommission erklärt sich einstimmig bei dem gefassten Beschuß, daß blos zwei Geschworene beiziehen sind, zu beharren.

Der Vorsitzende bemerkt, daß der Ortsrichter in der Instruktion zu belehren wäre, daß die Wahl der beizuziehenden Geschworenen zwar ihm zustehe, daß er aber jene, die sei es aus Verwandtschafts- oder Schwägerschafts- oder anderen Verhältnissen oder aus einem anderen Grunde in dem speziellen Falle befangen wären, nicht beziehen dürfe.

Bezüglich der Vertrauensmänner, deren Beziehung den Parteien gestattet ist, bemerkt der Vorsitzende, daß in der Stylistur des Gesetzes darauf Bedacht zu nehmen sei, daß die Beziehung dieser Vertrauensmänner nur dem freien Willen der Parteien überlassen und zur Entscheidung der Streitsache nicht unumgänglich nothwendig ist, weil im entgegengesetzten Falle entweder der Ortsrichter die Entscheidung ablehnen oder die freitende Partei, wenn sie keine Vertrauensmänner bezieht, die Streitsache verzögern könnte.

Ein Commissionsmitglied beantragt nachstehende Stylistur des bezüglichen Absatzes:

„Nebstbei kann jede Partei zur Instruktion und Auflösung der Thatumstände Vertrauensmänner beziehen.“

Gegen diese Stylistur wird vom Referenten eingewendet, daß dasselbe zwar juridisch und wissenschaftlich richtig, jedoch für das Landvolk weniger verständlich ist, als selbs mit den Worten: Instruktion, Thatumstände u. s. w. andere Begriffe verbindet, als welche hier gemeint sind.

Die Stylistur dieser Gesetzesbestimmung wird der Redaction überlassen.

Hierauf ergreift der Referent das Wort und übergeht auf den Gegenstand der mit Schluss der Sitzung vertagten Debatte, nämlich auf die IX. Frage, ob der Ortsrichter Streitsachen, bei denen es auf die Beweisführung durch einen Eid ankommt, selbst entscheiden, oder aber an den ordentlichen Richter verweisen soll?

Bom Standpunkte der gegenwärtig geltenden Ge-

richtsordnung betrachtet, mag es allerdings bedenklich erscheinen, dem Ortsrichter die Entscheidung von Civil-Prozessen zuzuweisen und ihn zugleich zur Entscheidung von jenen Streitsachen zu verhalten, bei denen der Eid, welchen der Ortsrichter nicht zulassen darf, den einzigen Beweis bildet, der Standpunkt der Gerichtsordnung ist aber bei Beurtheilung der richterlichen Gewalt des Ortsrichters gerade nicht der richtige.

Durch das Prinzip, daß der Ortsrichter nach bestem Wissen und Gewissen ohne Freilassung eines Rechtszuges und ohne Zulassung von Eiden Civilprozesse entscheiden soll, hat die Gemeindeordnung mit den Grundzügen der Gerichtsordnung zum Vortheile einer schnelleren und wohlseinen Justizpflege gebrochen. Durch dieses Prinzip ist für den Ortsrichter eine eigene Gerichtsordnung, ein eigenes Beweisverfahren oder eigentlich keines von beiden vorgezeichnet, nämlich sein bestes Wissen und Gewissen ist für ihn die Prozedur, die er zu beobachten hat, ist für ihn die Beweistheorie, die er zu befolgen soll.

Diese Gerichtsordnung, dieses Beweisverfahren kennt keine Eide und daher ist vom Standpunkte dieser Gerichtsordnung des Ortsrichters betrachtet, kein Unterschied zwischen Prozessen im Sinne des Antrags denkbar, weil bei keinem Prozeß ein Eid zulässig und entscheidend sein kann.

Läßt sich schon in der Theorie die beantragte Ausnahme nicht begründen, so ist sie in der Praxis überflüssig und bedenklich.

Überflüssig ist sie deshalb, weil es kaum einen Rechtsfall in der Gemeinde geben wird, dessen wahre Sachlagen dem Ortsrichter nicht schon früher aus dem Gedre oder andern Umständen bekannt wäre, oder über den er nicht Erduldungen einziehen könnte.

Kommt aber dennoch auf hundert Fälle ein Prozeß zur Entscheidung, worüber er absolut keine Information sich zu verschaffen im Stande ist, so bleibt ihm noch der Weg der Billigkeit offen, und wenn er auch wirklich wegen Unkenntnis ein unrichtiges Urteil fallen sollte, so ist fürwahr hievon ein geringerer Nachtheit zu besorgen, als wenn die beantragte Ausnahme als zulässig erkannt würde.

Bedenklich ist nämlich diese Ausnahme schon deswegen, weil sie leicht zu Unterschleichen Anlaß bieten und dasjenige gerade vereiteln würde, was durch Zuweisung der civilrechtlichen Gewalt an den Ortsrichter angestrebt wird.

Wie leicht ist es dann möglich, daß eine Partei, welche den Prozeß verzögern will, einen Eid anbietet und den Ortsrichter bewegen wird, daß er die Entscheidung ablehne.

Wird nicht oft der Ortsrichter, welcher die Sache bereits gehörig erörtert hat, durch ein einfaches Anbieten des Eides in seiner Überzeugung schwankend werden?

Und ist nicht auch zu besorgen, daß ein Ortsrichter aus Bequemlichkeit, weil er sich den Kopf nicht zerbrechen will, in dem angebotenen Eide einen willkommenen Anlaß finden wird, die Entscheidung von sich zu wälzen?

Alle diese Uebelstände sind aber nicht zu besorgen, wenn der Ortsrichter verhalten wird, jede Streitsache bis zum Betrage von 25 fl. ohne Unterschied endgültig zu entscheiden.

[Fortsetzung folgt.]

△ Wien, 19. Dezember. Ein Brüsseler Blatt erblüht in der Antwort des Fürsten Metternich bei seiner Antritts-Audienz nichts als eine Paraphrase dieser Anrede und meint, daß die Antwort ganz und gar nicht auf eine wirkliche Freundschaft schließen lasse. Es ist aber im Gegentheile unverkennbar, daß der Kaiser der Franzosen in seiner Antwort sich solcher Ausdrücke bediente, welche geeignet sind, auch die leichte Spur des Andenkens an jenen barschen Neujahrsgruß, der so verhängnisvolle Folgen gehabt hat, zu verwischen. Anderwärts ist hervorgehoben worden, die Antwort beweise, daß dem ganz guten Verhältniß Österreichs zu Frankreich noch ein Hinderniß im Wege stehe, weil der Kaiser Napoleon darauf Nachdruck gelegt habe, daß Fürst Metternich einen „versöhnlichen“ Character habe, durch welchen das persönliche Einvernehmen zwischen den beiden Kaisern erleichtert werden würde. Diese Vermuthung stützt sich lediglich auf die Übersetzung des Wortes „conciliant“ mit „versöhnlich“, wäh-

Episopalen. Die Bois-brulés und Canadier, welche weit öfter Verbindungen mit indianischen Frauen schließen, gehören dagegen zur römisch-katholischen Kirche, und gewinnen ihre Christen ausschließlich durch die Jagd. Ihre Niederlassungen sowie die Farmen der ackerbauenden Colonisten, sind längs der Ufer des Red-River und des Assiniboine, und südlich bis zu den Grenzen des Minnesota-Gebiets verstreut. Die niedlichen, mit habsigen eingefriedeten Gärten und wohl angebauten Feldern umgebene Hütten und zahlreiche Heerde sind weißer Ochsen und Pferde geben der Landschaft ein ebenso friedvolles als belebtes Ansehen. Hier und da drehen sich die Flügel einer Windmühle, oder erhebt sich die schlanken Thurmspitze eines Kirchleins in die Luft. Die Kinder des schottischen Hochlandes haben die ganze Ruhe und Behaglichkeit ihrer heimatlichen Weiler mit in die neue Welt herübergebracht.

Das Leben der Jäger ist das gerade Gegenthell. Sie verbringen ihre Zeit in der Aufregung und mit den Abenteuern der Jagd, oder in Nichtstun und Festlichkeit. So lange der Ertrag ihrer letzten Exursion aushält, sind sie die lustigsten der Lustigen. Sie tanzen Nächte lang nach dem Klang einer Violin oder Sachfe



# Amtsblatt.

## Concursausschreibung. (1165. 1-3)

[Nr. 2575 E. i. P. A.] Bei dem Bezirksamte Lejsk im Krakauer Verwaltungsgebiete ist eine Actuarsstelle in Besiedigung gekommen.

Zur provisorischen Besiedlung der Stelle mit dem Jahrestsgehalte von 420 fl. ö. W. bei dem genannten, eventuell einem andern Bezirksamte des Krakauer Verwaltungsgebietes, wird hiemit der Concurs bis 20. Jänner 1860 ausgeschrieben.

Bewerber um dieselbe haben ihre gehörig instruierten Gesuche im Wege ihrer vorgesetzten Behörde innerhalb der Concursfrist bei dieser k. k. Landes-Commission einzubringen.

Von der k. k. Landes-Commission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksamter.

Krakau, am 19. December 1859.

3. 5760. **E d i c t.** (1112. 3)

Vom Rzeszower k. k. Kreisgerichte wird hiemit bekannt gegeben, daß aus Anlaß der vom Dr. Josef Kollischer wider Helene de Grabińskaie Marchocka, Josef Peikert, Anton Peikert, Dr. Victor Zbyszewski, die liegende Verlassenschaftsmasse der Constantia Szaszkiewicz und Salomea Grocholska wegen Solidarzahlung von  $\frac{4}{5}$  Theilen der Summe pr. 40,000 fl. sub pr. 6. October 1859. 3. 5760 überreichten Executorialklage zur mündlichen Verhandlung auf den 15. Februar 1860. Vormittags 10 Uhr unter der Strenge des Hofdecretes vom 25. Mai 1839. 3. 16699 angeordnet wurde.

Da die Geplagten Helena de Grabińskaie Marchocka, Josef Peikert und die Erben der Constantia Szaszkiewicz dem Leben und dem Wohnorte nach unbekannt sind, so wurde denselben Hr. Advokat Dr. Rybicki mit Substitution des Hen. Advokaten Dr. Lewicki zum Curator bestellt, und hievon werden die dem Leben und Wohnorte nach unbekannten Geplagten oder im Falle deren Ablebens die Erben derselben verständig.

Beschlossen im Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Rzeszów, den 11. November 1859.

## E d y k t.

C. k. Sąd obwodowy Rzeszowski czyni wiadomo, że z powodu przez Józefa Kolischera przeciw Helenie z Grabińskich Marchockiej, Józefowi Peikert, Antoniemu Peikert, Drowi Wiktorowi Zbyszewskiemu, massie spadkowej po s. p. Konstancji Szaszkiewiczowej i Salomei Grocholskiej o zapłacenie solidarne  $\frac{4}{5}$  części sumy 40,000 złp. na dzień 6. Października 1859 do L. 5760 wytoczonego egzekucyjnego pozwu do ustnej rozprawy termin na dzień 15. Lutego 1860 o godzinie 10-tej zrana pod rygorem nadwornego dekretu z dnia 25. Maja 1839 do L. 16699 wyznaczonym zostało.

Ponieważ zapozwani Helena z Grabińskich Marchocka, Józef Peikert, Antoni Peikert i spadkobiercy po s. p. Konstancji Szaszkiewiczowej co do życia i miejsca pobytu są niewiadomi, przeto tymże p. adwokat Dr. Rybicki z zastępstwem p. adwokata Dra Lewickiego, jako kurator postanowionym został — o czem się co do życia i miejsca pobytu niewiadomych zapozwanych, albo w razie ich śmierci spadkobierców tychże zawiadamia.

Uchwalono w radzie c. k. Sądu obwodowego.

Rzeszów, dnia 11. Listopada 1859.

## Kundmachung. (1160. 2-3)

Die Direction der priv. österr. National-Bank hat mit Zustimmung des hohen k. k. Finanz-Ministeriums die Einleitung getroffen, daß die für das Verwaltungs-Jahr 1859/1860 zu entrichtende Einkommensteuer von den Dividenden der Bank-Actien aus den Erträgnissen des Institutes berichtiget werde.

Die National-Bank wird demzufolge statt der einzelnen Besitzer der Actien, und für dieselben, die vorschreftsmäßige Fassion zum Beufe der Steuerzahlung bei der Steuer-Administration überreichen.

Wien, am 9. December 1859.

## P i p i s,

Bank-Gouverneur.

Christian Heinrich Ritter von Goith,

Bank-Gouverneurs-Stellvertreter.

## G r d I ,

Bank-Director.

Nr. 650. **C o n c u r s .** (1153. 2-3)

Zur Besetzung der mit dem Gehalte von jährlichen 300 fl. ö. W. verbundenen israelitischen Religionslehrerstelle an dem k. k. Gymnasium und der Kreishauptschule zu Tarnów, wird zufolge Verordnung der östlichen k. k. Kreisbehörde ddo. Tarnów am 8. November 1859. 3. 14183 der Concurs hiemit ausgeschrieben.

Die Bewerber hierauf, wollen die Competenzgesuchte versehen mit authentischen Zeugnissen über deren Befähigung zu diesem Lehramte nebst der legalen Nachweisung ihres Vorlebens begülich ihrer stiftlichen und politischen Haltung, spätestens bis Ende Januar 1860 dem gefertigten Vorstande franco einsenden.

Vorstand der israelitischen Cultus-Gemeinde.

Tarnów, am 1. December 1859.

## B e r e l Fränkel.

I s a a k K e l l e r .

Nr. 6428. **Kundmachung.** (1147. 1-3)

Vom Rzeszower k. k. Handelsgerichte wird hiemit bekannt gegeben, daß Pinkas Westfried für die Schnitt-Waarenhandlung in Rzeszów die Firma: „Pinkas Westfried“ protocollirt hat.

Beschlossen im Rathe des k. k. Kreisgerichts.

Rzeszów, am 24. November 1859.

N. 24980.

## K u n d m a c h u n g

(1107. 3)

der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau.

1. Ueber Anordnung des hohen k. k. Finanz-Ministeriums werden außer dem gegenwärtig im Verschleife stehenden echten Havanna-Cigarren noch die Vorräthe der nachstehenden Havanna-Cigarren älterer Sorte verschlossen werden.

Zur provisorischen Besiedlung der Stelle mit dem Jahrestsgehalte von 420 fl. ö. W. bei dem genannten, eventuell einem andern Bezirksamte des Krakauer Verwaltungsgebietes, wird hiemit der Concurs bis 20. Jänner 1860 ausgeschrieben.

Bewerber um dieselbe haben ihre gehörig instruierten Gesuche im Wege ihrer vorgesetzten Behörde innerhalb der Concursfrist bei dieser k. k. Landes-Commission einzubringen.

Von der k. k. Landes-Commission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksamter.

Krakau, am 19. December 1859.

Post-Nr.	G a r t u n g	Post-Nr.	E i n r e i h u n g i n d e n T a r i f		
			P r e i s für 100 Stück	f ü r 1 St	P r e i s fl. kr. kr.
1	Regalia	1	Regalia	I. Kathegorie.	30
2	Media	2	Media	"	20
6	Millares Nr. II.	3	Millares Londres	"	15
12	Regalias Nr. I.	7	Regalia Media	II. Kathegorie	12 25 13
13	"	7	"	"	12 25 13
14	"	5	Britisha	"	17
15	"	4	Grande	"	19
16	Panetelas	8	Panetelas	"	9 50 10
17	Damas	9	Damas	"	8 50 9
18	Millares Comunes Nr. I.	11	Millares Comunes	"	7 50 8
19	"	11	"	"	7 50 8

- Um die vorstehende Einreichung auf den Cigarren-Kisten ersichtlich zu machen, ohne die Kennzeichen ihres Ursprunges für die Käufer sowohl, als auch für die Evidenzhaltung der Verschleiß-Magazine zu verwischen, werden Preiszettel, welche die Angabe der Preise nach den neuen Tarife enthalten, auf der geeigneten Stelle der alten Etiquetten aufgeklebt werden.
- Sobald diese Bezeichnung vorgenommen wird, wird der Verschleiß der bezeichneten älteren Havannacigarren beginnen, und zwar wird derselbe
- unter den in der hieramtlichen Kundmachung vom 14. Jänner 1859. N. 29869 enthaltenen Modalitäten stattfinden.

Von der k. k. Finanz-Landes-Commission.

Krakau, am 28. November 1859.

**F. Wertheim & Weise,**  
Herren

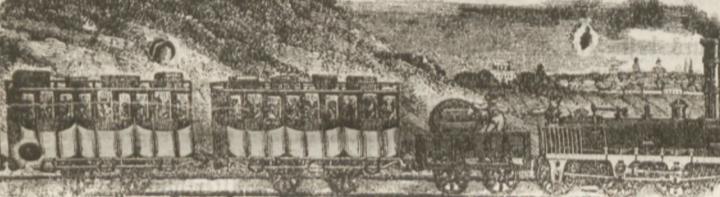
erkaufte Kasse mit eisernen Instrumenten zu erbrechen versuchten. In dieser Kasse waren Baarschäften und bedeutende Wertpapiere verschlossen, und nur der solide Construction dieser von Ihnen bezogenen Kasse verdanke ich das Mislingen dieses Frevels, sowie die Rettung des darin befindlichen Vermögens.

Die Nützlichkeit Ihres Fabrikats bedarf bei Aufweisung solcher Thatsachen wohl keiner weiteren Empfehlung.

Ich zeichne mit aller Achtung  
**Josef Gregorits,**  
Speditions- und Commissions-Geschäft.

In der Nacht des 1. d. M. sind in mein Comptoir nach **Erbrechung starker Fenstergitter Diebe eingestiegen**, welche die im Jahre 1857 von Ihnen

**Kais. kgl. priv. galizische**



**Carl Ludwig-Bahn.**

**Kundmachung.**  
Bei dem Material-Magazine in Krakau werden nachstehende Materialien, als:  
300 Zollzentner altes Gußeisen,  
300 " alte Tyres oder Radkränze,  
150 " altes Schieneneisen,  
300 " Pauscheisen,  
150 " Zerrenn- oder Bröckeleisen,  
15 Zollpfund altes Messing,  
27 Zollzentner Metallbruch,  
20 " Kupferbruch,  
140 " Schmiedeeisensspäne,  
2 " Kupferspäne,  
6 " Metallspäne,  
50 " alter Federstahl,  
15 " Ausbündl, und  
2 Stück alte Dampfkessel, beiläufig 60 Zollzentner schwer,

im Offertwege unter nachfolgenden Bedingungen an den Meissbietenden verkauft werden.

Die Zuwaage dieser Materialien findet auf Kosten des Magazins statt, dagegen hat die Wegräumung derselben vom Lagerplatz auf Kosten und Gefahr des Käufers zu geschehen.

Der Käufer hat, sobald als ihm die Materialien zugesprochen wurden, den dafür entfallenden Geldbetrag entweder bei der Central-Hauptkassa in Wien, oder bei der Sammlungskasse in Krakau zu erlegen, und ist verpflichtet auch alle Mehr- oder Minderquantitäten einer und derselben Materialgattung zu demselben Preise abzunehmen.

Der Bezug und die Wegräumung der erstandenen Materialien hat innerhalb der ersten Woche, vom Tage der Zuerkennung an gerechnet, zu beginnen und muß derart fortgesetzt werden, daß längstens in 4 Wochen dieses Geschäft beendet ist.

Nach diesem Termine wird für die aus Schuld des Abnehmers noch lagernden Quantitäten der tarifmäßige Lagerzins berechnet.

Kauflustige werden eingeladen, ihre diesfälligen Offerte mit der Aufschrift:

„Anbot für den Ankauf von alten Materialien“

mit zehnpercentiger Caution beschwert,

bis spätestens den 27. December 1859

bei der Central-Leitung in Wien (Hohenmarkt, Galvagnihof) einzubringen.

Wien, am 9. December 1859.

(1130. 2-3)

Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Meteorologische Beobachtungen.

L a g	Barom.-Höhe auf 0° Reatum.	Temperatur nach Reaumur	Specielle Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Gezeiten in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tages
Grad.	Metres.	Reaumur	der Luft	des Windes	der Atmosphäre	in der Luft	von 1 bis
20	324' 16	- 65	100	West mittel	Schnee	"	- 7.4 - 6.4
10	27 03	- 74	100	"	"	"	
21	28 12	- 64	100	stark	"	"	

## Wiener-Börse-Bericht

vom 18. Dezember.

Öffentliche Schulden des Staates.

In Ost. W. zu 5% für 100 fl.	69.75	70.
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	81.20	81.40
Vom Jahre 1851. Ser. B. zu 5% für 100		